

"Finanzen verstehen heißt frei sein." Für finanzielle Kompetenz in jeder Lebenslage: Jetzt Finanzbildungsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln und umsetzen

Drucksache 18/19802 · eingebracht 2026-06-09 – Antragsteller: **FDP**

Bildung

Finanzen

Soziales

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, eine landesweite, ressortübergreifende Finanzbildungsstrategie zu entwickeln, die alle Lebensphasen und gesellschaftlichen Gruppen erreicht — mit besonderem Fokus auf Schulen, Jugend und Altersvorsorge.

KERNFORDERUNGEN

- Entwicklung einer verbindlichen Finanzbildungsstrategie
- Finanzbildung vom Vorschulalter bis ins Alter
- Stärkung der Kapitalmarkt-Beteiligung und Eigenverantwortung

BEWERTUNG

6.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag fördert Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) durch partizipative Strategieentwicklung und stärkt soziale Gerechtigkeit (Wert 4) mit niedrighschwelligen, lebensphasenorientierten Angeboten. Er berührt Menschenwürde (Wert 1) durch Förderung finanzieller Selbstbestimmung und Solidarität (Wert 2) durch Schutz vor Überschuldung. Allerdings fehlt ein expliziter ökologischer Bezug (Wert 3), und die Fokussierung auf Kapitalmarktintegration sowie die Forderung nach steuerlicher Entlastung von Kapitalerträgen widerspricht dem GWÖ-Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, da sie strukturelle Ungleichheit begünstigt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Inklusive Lebensphasenperspektive
- Starke Partizipation von zivilgesellschaftlichen Akteuren
- Klare Verankerung von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung

Schwächen

- Fehlende Verknüpfung mit Armutsbekämpfung und sozialer Absicherung
- Überbetonung des Kapitalmarkts ohne kritische Reflexion
- Keine Berücksichtigung von Machtungleichheiten in Finanzsystemen

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	-	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	+	•	+	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D5 **Transparenz & Mitbestimmung – Bürger:innen und Wirtschaft** Bewertung: +3

Lebensphasenübergreifende, partizipative Strategieentwicklung mit Akteursbeteiligung

D4 **Soziale öffentliche Leistung** Bewertung: +3

Niedrigschwellige, inklusive Finanzbildung für alle Lebenslagen und sozialen Gruppen

D1 **Menschenwürde – Bürger:innen und Wirtschaft** Bewertung: +2

Stärkung finanzieller Selbstbestimmung als Voraussetzung für menschenwürdiges Leben

D2 **Solidarität – Bürger:innen und Wirtschaft** Bewertung: +2

Prävention von Überschuldung und Schutz vor systemischen Risiken (z. B. BNPL)

B4 **Soziale öffentliche Leistung – Finanzpartner:innen, Geldgeber:innen, Steuerzahler:innen**

Bewertung: -3

Forderung nach Verzicht auf steuerliche Belastungen von Kapitalerträgen → Verschiebung der Steuerlast zu Lasten Arbeitseinkommen

CDU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Der Antrag passt zum CDU-Thema 'finanzielle Selbstständigkeit' und zur Zielsetzung einer 'generationengerechten schwarz Null' (Q12), da Finanzkompetenz Schuldenprävention unterstützt. Allerdings fehlt die CDU-typische Betonung von Eigentumsschutz, Altersvorsorge durch private Absicherung (Q15) und Bürokratieabbau — stattdessen wird ein starkes staatliches Steuerungsmandat gefordert, was der CDU-Präferenz für subsidiäre Lösungen widerspricht.

„Solide Finanzen sind die beste Grundlage für gute Politik. Daher bekennen wir uns klar zur Schuldenbremse.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 56

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das CDU-Grundsatzprogramm betont 'solide Finanzen' (Q16) und 'starke Kommunen mit auskömmlicher Finanzausstattung' (Q18), was mit der Forderung nach landesweiter strategischer Steuerung konsistent ist. Die Betonung von 'Verantwortung' und 'Eigenverantwortung' (Q16, Q18) deckt sich mit dem Antrag. Allerdings fehlt der explizite Bezug zur 'christlich-demokratischen Würde' (Q16) oder 'Schöpfungsverantwortung' (Q16), sodass kein Volltreffer vorliegt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD**WAHLPROGRAMM**

5/10

Der Antrag berührt SPD-Kernthemen wie 'Chancengleichheit' und 'soziale Gerechtigkeit', aber ohne den SPD-typischen Fokus auf Umverteilung, Kinderarmut oder öffentliche Daseinsvorsorge. Die SPD fordert explizit 'Kindergrundsicherung' und 'soziale Infrastruktur' (Q29), während der Antrag primär individuelle Kompetenzvermittlung betont — ohne strukturelle Armutsbekämpfung. Kein direktes Zitat passt; das Thema 'Finanzbildung' fehlt im SPD-Wahlprogramm 2022.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Im Hamburger Programm (2007) steht 'soziale Gerechtigkeit' als Grundwert (Q29), aber auch 'nachhaltige Entwicklung' und 'Vorsorgender Sozialstaat'. Der Antrag adressiert keine sozialstaatliche Absicherung gegen Überschuldung, sondern setzt auf individuelle Kompetenz — was einer neoliberalen Lesart nahekommt und dem SPD-Verständnis von 'kollektiver Verantwortung' widerspricht. Keine passenden Quellen gefunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

8/10

Der Antrag entspricht stark dem grünen Verständnis von 'lebenslangem Lernen', 'inklusive Bildung' und 'Demokratiebildung' (Q23, Q24). Die Forderung nach 'praxisnaher, niedrigschwelliger Bildung für alle' spiegelt die grüne Zielsetzung 'alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel – erreichen' wider. Die Einbindung von Schuldnerberatung und Verbraucherbildung korrespondiert mit dem grünen Fokus auf 'gemeinwohlorientierte Wirtschaft' (Q26).

„Die Angebote sollen inklusiv und sozialraumorientiert sein und alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel – erreichen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 68

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Grundsatzprogramm (2020) verankert 'Bildung als Schlüssel für gleiche Chancen' (Q27, Q28) und 'gemeinwohlorientiertes Eigentum' (Q26). Die Forderung nach unabhängiger, qualitativ hochwertiger Finanzbildung entspricht dem grünen Postulat 'transparent und frei von Interessenkonflikten' (Q26). Auch die Betonung von 'Selbstbestimmung' (Q26) und 'sozialer Infrastruktur' (Q29) passt exakt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem FDP-Wahlprogramm 2022 abgeleitet: 'Finanzen verstehen heißt frei sein' ist ein Kernslogan (Q4), die Betonung von 'Eigenverantwortung', 'Freiheit' und 'individueller Gestaltungsmacht' entspricht dem liberalen Menschenbild. Die Forderung nach 'Verständnis für andere Länder und Kulturen' (Q3) ergänzt die globale Dimension der Finanzbildung. Alle Kernpunkte — von der Schulfinanzbildung bis zur Altersvorsorge — finden sich direkt im Programm.

„UNSER FORTSCHRITTSPROGRAMM FÜR NRW. Seit 2017 stehen wir in Verantwortung für Nordrhein-Westfalen. Vieles haben wir erreicht, aber noch mehr vor. Wir sind überzeugt, dass das Beste noch vor uns liegt: Noch mehr Chancen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 2

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das FDP-Grundsatzprogramm (2012) definiert 'Freiheit' als höchsten Wert (Q9) und 'Eigenverantwortung' als zentrale Leitidee (Q7, Q9). Die Forderung nach 'finanzieller Freiheit und Sicherheit' (Antrag) ist wortgleich mit dem programmatischen Versprechen 'freier, fairer und moderner' (Q4). Die Betonung von 'Wachstum durch Bildung' (Q9) und 'Marktwirtschaft' (Q6) passt zur Kapitalmarktförderung im Antrag. Lediglich der starke staatliche Steuerungsanspruch ('resortübergreifende Strategie') ist etwas stärker als im Parteiprogramm formuliert.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er fördert 'europäische und internationale Schüleraustausche' (Q3), während die AfD 'EU-Kritik' und 'nationale Souveränität' betont (Q30). Er propagiert 'Kapitalmarktintegration', während die AfD 'gegen Energiewende' und 'gegen Planwirtschaft' ist — und Finanzbildung als staatliche Lenkung interpretieren würde. Der Fokus auf 'Gender', 'Migration' oder 'Leitkultur' fehlt vollständig.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das AfD-Grundsatzprogramm (2016) lehnt 'Brüsseler Bürokratie' ab (Q30) und betont 'direkte Demokratie' statt technokratischer Strategien. Der Antrag fordert eine top-down-Strategie mit staatlicher Steuerung — ein fundamentaler Widerspruch zum AfD-Verständnis von 'Eigenverantwortung' und 'weniger Staat'. Keine passenden Quellen gefunden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: sicherzustellen, dass kein junger Mensch die Schule verlässt, ohne über die Risiken von Konsumschulden, digitalen Bezahlmodellen wie „Buy now, pay later“ sowie über die Folgen von Überschuldung aufgeklärt worden zu sein.

sicherzustellen, dass kein junger Mensch die Schule verlässt, ohne über die Risiken von Konsumschulden, digitalen Bezahlmodellen wie „Buy now, pay later“, ****die Strukturen der Verschuldungsfalle und die Möglichkeiten schuldnernerberatender Hilfe**** aufgeklärt worden zu sein.

Begründung: Stärkt Soziale Gerechtigkeit (D4) durch Verankerung von Armutsprävention und Zugang zu sozialer Absicherung — nicht nur individuelle Risikoaufklärung.

Vorschlag 2 von 3

Original: eine verbindliche und ressortübergreifende Finanzbildungsstrategie für Nordrhein-Westfalen unter Einbindung relevanter Akteure – insbesondere aus den Bereichen Kita, Schule, Hochschule und Wissenschaft, Weiterbildung, Verbraucherbildung, Schuldnerberatung und Finanzwirtschaft – zu entwickeln

eine verbindliche und ressortübergreifende Finanzbildungsstrategie für Nordrhein-Westfalen ****mit einem Gemeinwohl-Audit und einer verbindlichen Sozialverträglichkeitsprüfung**** unter Einbindung relevanter Akteure – insbesondere aus den Bereichen Kita, Schule, Hochschule und Wissenschaft, Weiterbildung, Verbraucherbildung, Schuldnerberatung und Finanzwirtschaft – zu entwickeln

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Soziale Gerechtigkeit (D4) durch institutionelle Verankerung von GWÖ-Kriterien in der Strategieentwicklung.

Vorschlag 3 von 3

Original: eine stärkere Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Kapitalmarkt und eine Kultur eigenverantwortlicher Vermögensbildung zu ermöglichen - insbesondere durch den Verzicht auf zusätzliche steuerliche oder sozialabgabenbedingte Belastungen von Kapitalerträgen, die den Aufbau privaten Vermögens erschweren.

eine stärkere Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Kapitalmarkt ****und an gemeinwohlorientierten Finanzformen wie Genossenschaften, Bürgerenergie und Mikrokrediten**** zu ermöglichen — insbesondere durch den Verzicht auf zusätzliche steuerliche oder sozialabgabenbedingte Belastungen von Kapitalerträgen, ****sowie durch gezielte Förderung gemeinwohlorientierter Finanzdienstleister****.

Begründung: Verankert Gemeinwohlökonomie (A3, B2) und ökologische Nachhaltigkeit (E3) durch Förderung alternativer, gemeinwohlorientierter Finanzmodelle — statt reiner Kapitalmarktintegration.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-125

Ja: AfD ! CDU FDP GRÜNE SPD

! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch <3/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/19802

"Finanzen verstehen heißt frei sein." Für finanzielle Kompetenz in jeder-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

09.06.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

„Finanzen verstehen heißt frei sein.“

Für finanzielle Kompetenz in jeder Lebenslage: Jetzt Finanzbildungsstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln und umsetzen

I. Ausgangslage

Im Laufe des Lebens wird jeder Mensch mit verschiedensten Fragen rund um seine persönlichen Finanzen konfrontiert – sei es bei der ersten Steuererklärung, der Auswahl sinnvoller Versicherungen, der Anlage von Erspartem oder im Zusammenhang mit der Altersvorsorge. In einigen Fällen wird das entsprechende Rüstzeug zum kompetenten Umgang mit Geld bereits in jungen Jahren von dem Elternhaus mit auf den Weg gegeben. Das kann allerdings nicht standardmäßig vorausgesetzt werden. Doch nur wer über die notwendigen Finanzkenntnisse verfügt, kann die eigene Zukunft selbstbestimmt und mit einem Gefühl von finanzieller Freiheit und Sicherheit gestalten.

Internationale Studien zeigen, dass Deutschland beim Finanzkompetenzniveau zwar im Durchschnitt gut abschneidet, gleichzeitig jedoch erhebliche strukturelle Defizite bestehen. Erwachsene Deutsche erreichen im internationalen Durchschnitt 76 von 100 möglichen Punkten, wobei insbesondere in den Bereichen finanzielle Resilienz und finanzielle Einstellungen deutliche Schwächen sichtbar werden. Es bestehen außerdem beachtliche Unterschiede zwischen Einkommens-, Bildungs- und Altersgruppen sowie zwischen Männern und Frauen.¹ Auch eine aktuelle repräsentative Umfrage des Bankenverbands belegt, dass in der deutschen Bevölkerung zwar durchaus Interesse an Finanz- und Wirtschaftsthemen besteht, das eigene Engagement bei der persönlichen Finanzplanung jedoch auf einem niedrigen Niveau verharrt.² Zudem zeigen empirische Untersuchungen einen klaren Zusammenhang zwischen mangelnder Finanzkompetenz und der Wahrscheinlichkeit, finanziell in Schieflagen zu geraten. Personen mit geringerer Finanzbildung treffen häufiger kostenintensive Fehlentscheidungen und weisen eine höhere Anfälligkeit für Überschuldung auf.³

Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2023 die „Initiative Finanzielle Bildung“ gestartet. Ziel war es, bislang fragmentierte Aktivitäten zu bündeln, eine nationale Strategie zu entwickeln und die Finanzbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe systematisch zu stärken. Auf

¹ OECD (2024), Finanzbildung in Deutschland: Finanzielle Resilienz und finanzielles Wohlergehen verbessern, OECD Business and Finance Policy Papers.

² Bundesverband deutscher Banken e. V.: Finanzwissen der Deutschen 2026, Mai 2026.

³ Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (2023): Kreditkompetenz junger Menschen in Deutschland.

dieser Grundlage wurde ein Vorschlag der OECD für eine nationale Finanzbildungsstrategie entgegengenommen.⁴ Von der schwarz-roten Bundesregierung wird diese wichtige Initiative allerdings bis dato nicht weiterverfolgt, obwohl sich auch die Finanzministerkonferenz der Länder erst kürzlich für eine solche nationale Strategie aussprach und die Bedeutung einer abgestimmten Vorgehensweise zwischen Bund und Ländern betonte.⁵ Es wiegt schwer, dass die Initiative aus dem Jahr 2023 nicht konsequent fortgeführt wird und das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen bislang keine aktive Rolle bei der Weiterentwicklung einer solchen Strategie einnimmt. Die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage 7254 der FDP-Landtagsfraktion zeigt vielmehr, dass eigene Initiativen auf Bundesratsebene nicht ergriffen werden, sondern der Prozess, also die Frage, ob es auf Bundesebene zu einer Wiederaufnahme der Aktivitäten aus der vergangenen Legislaturperiode kommen könnte, lediglich „beobachtet“ wird.⁶

Auf Landesebene beschränken sich die Aktivitäten im Themenfeld finanzielle Bildung auf einzelne Projekte und Maßnahmen ohne übergreifende strategische Steuerung. Systematische Evaluationen und belastbare Datengrundlagen fehlen.⁷ Damit bleibt Nordrhein-Westfalen deutlich hinter dem Anspruch zurück, Finanzbildung als gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe wirksam zu stärken.

II. Handlungsbedarf

Der Bedarf an fundiertem Wissen rund um das Thema Finanzen steigt: Aufgrund fehlender Reformen im Rentensystem gewinnt die private Altersvorsorge an Bedeutung, digitale Finanzprodukte wie „buy now, pay later“ verleiten dazu, unüberlegte Konsumententscheidungen zu treffen und gleichzeitig ist die Geldanlage am Aktienmarkt durch die Etablierung von Neobrokern und diversen ETF-Produkten so einfach und niedrighschwellig wie noch nie. Kapitalmarktteilnehmer müssen damit keine individuelle Anlageentscheidung mehr über Einzeltitel treffen, sondern können in einen weltweit breit gestreuten Index investieren. Ein Warnsignal ist die steigende Verbraucherverschuldung: Vor allem junge Menschen sind laut SchuldnerAtlas 2025 häufiger überschuldet.⁸ Hinzu kommen ein angespanntes konjunkturelles Umfeld, ein dynamisches Inflationsgeschehen und volatile Kapitalmärkte, die kompetente finanzielle Entscheidungen noch wichtiger machen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht länger ausreichend, Finanzbildung nur punktuell projektbezogen zu vermitteln. Vielmehr bedarf es eines systematischen Ansatzes, der alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht und Finanzkompetenz als lebenslange Schlüsselqualifikation versteht: Nordrhein-Westfalen muss bundesweit eine Vorreiterrolle im Bereich der Finanzbildung einnehmen und – in Ermangelung bundespolitischer Initiative – eine eigene Finanzbildungsstrategie entwickeln, die als Blaupause für die übrigen Bundesländer dienen soll. Die Landesregierung muss Finanzbildung als eigenständiges politisches Handlungsfeld definieren und ressortübergreifend steuern. Die bereits angestoßene Initiative zur Umsetzung einer

⁴ Bundesministerium der Finanzen: BMF und BMBF stellen Initiative Finanzielle Bildung vor, 23.03.2023, abgerufen unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/03/2023-03-23-initiative-finanzielle-bildung.html> (letzter Zugriff 17.04.2026); Bundesministerium der Finanzen: Weiterer Meilenstein in der Initiative Finanzielle Bildung erreicht, 24.09.2024, abgerufen unter: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Finanzielle-Bildung/finanzbildungsstrategie-oecd-vorschlag.html (letzter Zugriff: 17.04.2026).

⁵ Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen: Länder fordern nationale Finanzbildungsstrategie, 30.01.2025, abgerufen unter: <https://www.finanzverwaltung.nrw.de/uebersicht-rubrik-aktuelles-und-presse/pressemitteilungen/laender-fordern-nationale> (letzter Zugriff 17.04.2026).

⁶ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7254 der FDP-Fraktion (LT-DS 18/18387).

⁷ Ebd.

⁸ Creditreform: SchuldnerAtlas 2025.

nationalen Finanzbildungsstrategie bietet hierfür eine geeignete Grundlage, an die es anzuknüpfen gilt.

Finanzbildung kann nur dann Wirkung entfalten, wenn sie praxisnah, niedrigschwellig und von unabhängigen Akteuren vermittelt wird. Hierfür sollte eine koordinierte Zusammenarbeit mit Partnern aus den Bereichen Schule, Hochschule, Wissenschaft und Weiterbildung, der Verbraucherbildung und Schuldnerberatung sowie Finanzwirtschaft etabliert werden. Es muss sichergestellt werden, dass entsprechende Angebote hohen qualitativen Ansprüchen genügen, transparent und frei von Interessenkonflikten sind. Nur durch ein ganzheitliches und koordiniertes strategisches Vorgehen kann es gelingen, Finanzbildung in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern die notwendigen Kompetenzen für ein selbstbestimmtes, unabhängiges und wirtschaftlich sicheres Leben zu vermitteln.

Ein wesentlicher Bestandteil einer umfassenden Finanzbildungsstrategie muss die Stärkung des Bewusstseins für die Wichtigkeit der privaten, selbstgesteuerten und kapitalgedeckten Altersvorsorge sein. Eine breite Beteiligung der Bevölkerung am Kapitalmarkt ist nicht nur im individuellen Interesse, sondern reduziert auch gesamtwirtschaftlich betrachtet die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Deutschland muss sich zu einem Land der Anleger entwickeln und den Status als „Sparbuch-Nation“ überwinden. In den vergangenen Jahren zeigte sich erfreulicherweise bereits ein Aufschwung bei der Beteiligung am Aktienmarkt in Deutschland.⁹

Insbesondere im schulischen Bereich besteht erheblicher Handlungsbedarf. Viele junge Menschen verlassen das Bildungssystem, ohne über grundlegende Kenntnisse in zentralen Finanzfragen zu verfügen. Es bedarf daher neuer Formate, die Kinder und Jugendliche gezielt auf die finanziellen Herausforderungen des Alltags vorbereiten und ihnen konkrete Handlungskompetenzen vermitteln. Ziel muss es sein, dass junge Menschen nach Abschluss ihrer Schulzeit eigenständig fundierte finanzielle Entscheidungen treffen können und dieses Wissen auch in ihr persönliches Umfeld tragen.

III. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- eine verbindliche und ressortübergreifende Finanzbildungsstrategie für Nordrhein-Westfalen unter Einbindung relevanter Akteure – insbesondere aus den Bereichen Kita, Schule, Hochschule und Wissenschaft, Weiterbildung, Verbraucherbildung, Schuldnerberatung und Finanzwirtschaft – zu entwickeln, um die Finanzkompetenz der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen und unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen und Bildungsstand nachhaltig zu stärken.
- Kinder bereits im Vorschulalter altersgerecht an grundlegende Zusammenhänge rund um Geld, Konsum und Sparen heranzuführen.
- Schülerinnen und Schülern in der Grundschule einen verantwortungsvollen Umgang mit Taschengeld, Konsumententscheidungen und einfachen finanziellen Zusammenhängen zu vermitteln.

⁹ Deutsches Aktieninstitut: Aktionärszahlen 2025: Aktienlage weiter im Aufwind, 13.01.2026, abgerufen unter <https://www.dai.de/detail/aktionaerszahlen-2025-aktienanlage-weiter-im-aufwind> (letzter Zugriff 17.04.2026).

- sicherzustellen, dass kein junger Mensch die Schule verlässt, ohne über die Risiken von Konsumschulden, digitalen Bezahlmodellen wie „Buy now, pay later“ sowie über die Folgen von Überschuldung aufgeklärt worden zu sein.
- allen Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse über Steuern, Sozialabgaben, Girokonten, Verträge, Versicherungen sowie über Chancen und Risiken privater Geldanlage und des Kapitalmarkts zu vermitteln.
- Auszubildende, Studentinnen und Studenten und junge Erwachsene zu befähigen, eigenständig finanzielle Entscheidungen zu treffen, insbesondere im Hinblick auf Mietverträge, Versicherungen, Haushaltsplanung, Sparen, Altersvorsorge Wohneigentum und langfristigen Vermögensaufbau.
- insbesondere junge Erwachsene dafür zu sensibilisieren, finanzielle Eigenständigkeit und Unabhängigkeit auch innerhalb von Partnerschaften und familiären Strukturen zu bewahren.
- Bürgerinnen und Bürger vor allem in der Phase der Familiengründung und im mittleren Erwerbsalter gezielt über private Altersvorsorge, langfristigen Vermögensaufbau und generationengerechte finanzielle Planung zu informieren.
- die Finanzkompetenz von Menschen auch in ihrer Lebensmitte zu stärken, insbesondere im Hinblick auf Altersvorsorge, digitale Finanzangebote, Betrugsprävention sowie finanzielle Selbstbestimmung im Alter.
- Rentnerinnen und Rentnern ausreichende Informationen bei Entnahmeplanung, Pflege, Erben und finanzieller Absicherung anzubieten.
- insgesamt eine stärkere Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Kapitalmarkt und eine Kultur eigenverantwortlicher Vermögensbildung zu ermöglichen - insbesondere durch den Verzicht auf zusätzliche steuerliche oder sozialabgabenbedingte Belastungen von Kapitalerträgen, die den Aufbau privaten Vermögens erschweren.
- sich gegenüber der Bundesregierung für die Fortschreibung und Umsetzung der „Initiative Finanzielle Bildung“ einzusetzen.

Henning Höne
Marcel Hafke
Ralf Witzel
Franziska Müller-Rech

und Fraktion